

Datenschutzinformation gemäß Art. 13 und 14 DSGVO für Mitarbeiter und Bewerber im öffentlichen Dienst

Verantwortlich für die Verarbeitung Ihrer Daten ist die Gemeinde Utting am Ammersee, vertreten durch den ersten Bürgermeister Florian Hoffmann, Eduard-Thöny-Straße 1, 86919 Utting am Ammersee.

Unser **Datenschutzbeauftragter** steht Ihnen für Fragen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten unter der Emailadresse: wolfgang.schmid@schmid-frank.de oder unter der Postadresse mit dem Zusatz „der Datenschutzbeauftragte“ zur Verfügung.

Der **Zweck** der Datenverarbeitung ist auf Ihre Bewerbung bei uns und der Durchführung eines gegebenenfalls darauf folgenden Beschäftigungs- oder Beamtenverhältnisses beschränkt. Zu den Beschäftigten zählen nicht nur Arbeitnehmer, sondern alle Beschäftigten inklusive der zu Ausbildungszwecken Beschäftigten und der Praktikanten.

Wir erheben und verarbeiten die persönlichen Daten unserer Beschäftigten gemäß den europäischen und deutschen gesetzgeberischen Bestimmungen.

Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist die Erfüllung des Arbeitsvertrages inklusive vorvertraglicher Maßnahmen, beispielsweise der Bewerberauswahl nach Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. b) DSGVO. Zudem werden Daten soweit dies zur Erfüllung einer gesetzlichen Verpflichtung erforderlich ist, nach Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. c) DSGVO verarbeitet; darunter fallen unter anderem arbeitsgesetzliche, tarifvertragliche oder beamtenrechtliche Regelungen sowie steuer- und sozialversicherungsrechtliche Vorschriften.

Schließlich werden Beschäftigendaten nach Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. f) DSGVO verarbeitet, wenn die Verarbeitung zur Wahrung unserer berechtigten Interessen erforderlich ist, sofern nicht Ihre Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen. Dieses Interesse kann beispielsweise ein generelles Dokumentationsinteresse im Hinblick auf Daten sein, die zum Zwecke des Beschäftigungs-/Beamtenverhältnisses gespeichert und verwertet werden.

Besondere Kategorien von personenbezogenen Daten nach Art. 9 DSGVO, insbesondere Gesundheitsdaten nach Art. 4 Nr. 15 DSGVO, werden verarbeitet, soweit dies nach rechtlichen Bestimmungen erforderlich ist. Erforderlich ist die Datenerhebung insbesondere zur Feststellung der gesundheitlichen und charakterlichen Eignung nach Art. 33 Abs. 2 GG.

Ausnahmsweise kann die Verarbeitung auch auf Grundlage einer von Ihnen freiwillig erteilten Einwilligung erfolgen (z. B. Veröffentlichung von Fotos, Vormerkung von Bewerbungen), Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. a) DSGVO. Wir klären Sie in diesem Fall gesondert vorab über den Zweck der Datenverarbeitung und ein bestehendes Widerrufsrecht auf.

Eine **automatisierte Entscheidungsfindung** sowie eine **Übermittlung von Daten in Drittländer außerhalb der Europäischen Union** erfolgen nicht.

Es besteht eine **Verpflichtung, die vorgenannten personenbezogenen Daten bereitzustellen**, die erforderlich sind, um ein Arbeits- oder Dienstverhältnis nach den bestehenden gesetzlichen und/oder vertraglichen Vorschriften zu begründen, durchzuführen und zu beenden. Wenn Sie die erforderlichen Daten nicht angeben, kann keine Beschäftigung bei uns erfolgen.

Ihre Daten werden im Falle der Einstellung bei uns so lange **gespeichert**, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die genannte Aufgabe erforderlich

ist. Da es sich bei Arbeitsverhältnissen um Dauerschuldverhältnisse handelt, können sich Fristen verlängern, soweit die Datenverarbeitung zur Wahrung unserer berechtigten Interessen oder der berechtigten Interessen eines Dritten unter Abwägung Ihrer Interessen erforderlich ist. Folgende Aufbewahrungsfristen gelten:

- Unterlagen abgelehnter Bewerber: 6 Monate
- Unterlagen nach dem Arbeitszeitgesetz, Mutterschutzgesetz, Jugendarbeitsschutzgesetz: zwei Jahre
- Entgeltunterlagen mit Bezug zur Sozialversicherung: fünf Jahre
- Unterlagen, die steuerlich relevant sein können: sechs Jahre
- Unterlagen, die für den Jahresabschluss relevant sein können: 10 Jahre
- Besoldungsakten: 10 Jahre
- Personalakten: 5 Jahre
- Versorgungsakten: 10 Jahre
- bei Möglichkeit des Wiederauflebens eines Anspruchs: 30 Jahre

Neben den direkt bei Ihnen erhobenen Daten werden auch Daten **aus anderen Quellen** erhoben und verarbeitet (Art. 14 DSGVO). Dies sind:

- im Einstellungsverfahren von Beamten: Ergebnis der amtsärztlichen Untersuchung
- im Fall der Einstellung: Untersuchungsergebnis betriebsärztlicher oder amtsärztlicher Untersuchung
- bei Beamten bei Wechsel aus dem öffentlichen Dienst: Personalakte
- bei Steuerdaten: Steuerklasse, Kinderfreibeträge, Kirchensteuer
- Rückmeldungen der Sozialversicherungsträger im Rahmen des Vollzugs des Entgeltfortzahlungsgesetzes
- bei Mehrfachbeschäftigung: sozialversicherungspflichtiges Bruttoentgelt aus dem anderen Beschäftigungsverhältnis
- bei Wechsel aus dem öffentlichen Dienst: Daten der früheren Zusatzversorgungskasse
- zur Prüfung kinderbezogener Entgeltbestandteile: Anspruch auf Kindergeld

Wir werden Daten an andere Stellen weiterleiten, wenn und soweit die **Weitergabe** der personenbezogenen Daten nach obigen Grundsätzen erforderlich ist.

Diese Stellen können sein:

- Sachgebiets- und Abteilungsleitungen
- Kasse und Kämmerei
- Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB)
- Sozialversicherungsträger inkl. Kommunalen Unfallversicherungsverband
- Informationstechnische Servicestelle der Gesetzlichen Krankenversicherung mbH
- Bundeszentralamt für Steuern / Betriebsstättenfinanzamt
- Zusatzversorgungskasse der Bayerischen Gemeinden / Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder
- Pensions- und Unterstützungskassen

- Bayerischer Versorgungsverband
- Versicherungskammer Bayern (Beihilfeablöseversicherung)
- Betriebsarzt
- Ausbildungsstätten (Bayerische Verwaltungsschule, Hochschule für den öffentlichen Dienst, Berufsschulen etc.)

sowie weitere Stellen, wenn die Weitergabe der personenbezogenen Daten nach den geltenden Rechtsvorschriften vorgeschrieben oder angezeigt und erlaubt ist.

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende **Rechte** zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).
- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).
- Weiterhin besteht ein Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde: Aufsichtsbehörde gegenüber öffentlichen Stellen ist der Landesbeauftragte für den Datenschutz: Der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz, Postfach 22 12 19, 80502 München (Postanschrift) Wagnmüllerstraße 18, 80538 München (Hausanschrift), Telefon: 089/212672-0, Fax: 089/212672-50, E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de, Internet: www.datenschutz-bayern.de

Wenn Sie in die Verarbeitung durch uns durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diese nicht berührt.

Wird während des Bewerbungsverfahrens die Löschung der Bewerbungsdaten begehrt, wird dies als Rücknahme der Bewerbung gewertet.

Diese Rechte werden Ihnen auf Antrag gewährt, der schriftlich, per E-Mail oder mündlich bei uns, unserem Datenschutzbeauftragten oder zuständigen Sachbearbeiter gestellt werden kann. Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüfen wir, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.